

Partnerwahl - Koalitionspräferenzen bei Parteien und Wählern in der Bundesrepublik

Norpoth, Helmut

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Norpoth, H. (1980). Partnerwahl - Koalitionspräferenzen bei Parteien und Wählern in der Bundesrepublik. *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 6, 17-26. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-206397>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

**"PARTNERWAHL - KOALITIONSPRÄFERENZEN BEI PARTEIEN
UND WÄHLERN IN DER BUNDESREPUBLIK"**

Helmut Norpoth, Staatsuniversität New York, Stony Brook

In der Bundesrepublik, wie in den meisten parlamentarischen Demokratien, wird die Regierung in der Regel von einer Koalition unabhängiger Parteien statt von einer einzigen Partei gebildet. Anders als in Zweiparteiensystemen kann sich in Mehrparteiensystemen der Wählerwille nicht unmittelbar auf die Regierungsbildung auswirken. Die gewählten Parlamentsabgeordneten und ihre Parteien entscheiden darüber, welche Parteien und Politiker ins Kabinett einziehen. Dieser Umstand wirft die Frage nach dem Einfluß der Wählerschaft auf derartige Eliteentscheidungen auf. In welchem Maße orientieren sich Parteiführer bei der Regierungsbildung an den Koalitionspräferenzen der Wähler? Und anders herum gefragt: In welchem Maße orientieren sich die Bürger bei ihren Wahlentscheidungen an bisherigen oder erwarteten Koalitionsentscheidungen der Parteien? Der folgende Beitrag widmet sich der Erörterung dieser Fragen. Er verfolgt die Präferenzen der deutschen Wähler, was die parteiliche Zusammensetzung der Bundesregierung anbelangt, von 1961 bis 1976.

Hintergrund des Problems

Die Frage nach der Relevanz des Wählerwillens für die Regierungsbildung je nach Wahlrechts- und Parteiensystem hat eine Vielzahl von Politikwissenschaftlern beschäftigt (z.B. Duverger, Kaltefleiter, Scheuch und Wildenmann). Es trifft sicherlich zu, daß der Wähler höchstens mittelbar die Bildung der Regierung beeinflussen kann, solange nicht eine einzige Partei die absolute Mehrheit an Mandaten erringt. Allenfalls kann er die Anzahl der möglichen Parteikoalitionen bestimmen sowie die Wahrscheinlichkeit ihrer Bildung (Duverger 1963, S. 392). Je zersplitterter und ideologisch gespaltenes ein Parteiensystem ist, desto schwieriger hat es der Wähler, sich überhaupt eine Koalitionspräferenz zu bilden. Dies gilt insbesondere dort, wo sowohl die an der Regierung beteiligten Parteien als auch die Parteien der Opposition unter sich zerstritten sind; wo die Opposition aus zwei an den Extremen des politischen Spektrums angesiedelten Parteien besteht und innerhalb der Regierungskoalition jede Partei sich als Opposition zur Regierung versteht. Eine derartige Konstellation kennzeichnet ohne viel Abstriche die Weimarer Republik sowie die vierte französische (1946-1958) und die italienische Republik.

Downs (1957, S. 145) bezweifelt prinzipiell, daß Bürger in Vielparteiensystemen "rational" wählen können; dies umso weniger, je ungewisser die parteiliche Zusammensetzung der zukünftigen Regierung ist und je unklarer die Politik ist, welche die Parteien verfolgen werden, die die Regierungsgewalt übernehmen. Die Parteien machen es den Wählern nicht gerade leicht, indem sie sich oft die Koalitionsaussage offen halten. Den Parteien bleibt indes häufig keine andere Wahl angesichts der Ungewißheit des Wahlausgangs und der zukünftigen Sitzverteilung im Parlament. Parteien, die sich vor Wahlen auf eine bestimmte Koalition festlegen, erleben zuweilen nach der Wahl, daß der Wahlausgang den Koalitionsplan zunichte gemacht hat und sie zu einem Bruch ihrer Wahlversprechen zwingt.

In dem Maße, in dem sich die Ungewißheit über Wahlausgang und Anzahl der möglichen Koalitionen verringert, fällt es den Parteien leichter, sich vorher festzulegen. Damit wird auch die Aufgabe des Wählers leichter. Die Dreiparteienkonfiguration, die sich in der Bundesrepublik in den 50er Jahren etabliert hat, wirkt sicherlich in diese Richtung. Die Bundesrepublik stellt somit einen realistischen Testfall dar für die Untersuchung des Einflusses der Wählerschaft auf die Koalitionsentscheidungen der Parteien.

Die Daten für die Untersuchung

Die Untersuchung, über die im folgenden berichtet wird, stützte sich auf vier Wahlumfragen aus der Zeit von 1965 bis 1976. Diese Befragungen gehören zu einer 1953 beginnenden Serie von Studien, die im Rahmen des German Electoral Data Project vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung für Sekundäranalysen aufbereitet worden sind; an der Aufbereitung waren außerdem ZUMA in Mannheim und das ICPSR in Ann Arbor, USA beteiligt.

Die Daten der Wahlstudien wurden in der Regel mittels mehrstufiger, geschichteter Zufallsauswahlen erhoben. Die jeweilige Auswahl bezieht sich immer auf die Gesamtheit der wahlberechtigten Bevölkerung der Bundesrepublik. Die Fallzahl schwankt von Studie zu Studie zwischen etwa 1200 und 2000. Die für diesen Beitrag benutzten Studien wurden entworfen und primär ausgewertet von: Max Kaase und Rudolf Wildenmann (1965), Hans D. Klingemann und Franz U. PapDi (1969), dem Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim (1972) und der Forschungsgruppe Wahlen e.V. (1976).

Bis auf die Studie 1965 sind die genannten Studien als "Panel" angelegt. Das heißt, sie enthalten Befragungen derselben Personen vor und nach der jeweiligen Wahl; in den Studien 1972 und 1976 wurden Befragte sogar zweimal vor der Wahl erreicht. Wie sich noch herausstellen wird, erweist uns die Verfügbarkeit von Panelstudien unschätzbare Dienste bei der Analyse des Präferenzwandels 1969.

Es sei hinzugefügt, daß die Angaben zu 1961 dem Allensbacher Jahrbuch der öffentlichen Meinung entnommen sind.

Koalitionspräferenzen der deutschen Wähler

Tabelle 1 gibt die Verteilung der Koalitionspräferenzen deutscher Wähler von 1961 bis 1976 wieder, aufgeschlüsselt nach der Parteipräferenz (Wahlabsicht) des Befragten. Es zeigt sich, daß 1961 Anhänger der CDU/CSU und der FDP mehrheitlich eine Koalition dieser beiden Parteien befürworteten. Eine derartige Koalition wurde in der Tat nach der Wahl gebildet, wenn auch nur mühsam infolge des Tauziehens zwischen Adenauer und der FDP um die Kanzlerschaft. Das 1961er Muster der Koalitionspräferenzen wiederholt sich 1965. Die bestehende Koalition wurde nach der Wahl fortgesetzt, im Einklang mit den Präferenzen der Anhänger der betreffenden Parteien.

Das Muster ändert sich jedoch 1969. Am Vorabend der Wahl 1969 sprachen sich die Anhänger von sowohl CDU/CSU als auch SPD mehrheitlich für eine Koalition dieser beiden Parteien aus. Die Koalitionsentscheidung der SPD-Führung unmittelbar nach der Wahl ging jedoch in eine andere Richtung. Im Gegensatz zur Alternative, die von zwei Dritteln der Anhänger dieser Partei befürwortet worden war, bildete die SPD eine Koalition mit der FDP, deren Wähler indes diese Koalition mehrheitlich gewünscht hatten.

Die Ergebnisse aus den Jahren 1972 und 1976 liefern wieder ein Muster, das sich mit dem der Jahre 1961 und 1965 deckt. Die Anhänger von SPD und FDP befürworteten mit großer Mehrheit die Koalition, die von diesen beiden Parteien nach den jeweiligen Wahlen gebildet wurden. Insgesamt zeigt sich also, daß mit Ausnahme von 1969 die Parteien nach einer Wahl diejenige Koalition eingehen, die ihre jeweiligen Anhänger in der Wählerschaft vor der Wahl am meisten bevorzugten. Ist damit der Einfluß des Wählerwillens auf die Koalitionsbildung belegt? Wohl kaum.

Tabelle 1. Parteipräferenz (Wahlabsicht) und Koalitionspräferenz in der deutschen Wählerschaft 1961-1976

Koalitions- präferenz	Parteipräferenz					
	1961			1965		
	CDU/CSU	SPD	FDP	CDU/CSU	SPD	FDP
CDU/CSU und SPD	32	83	18	37	70	5
CDU/CSU und FDP	68	17	82	63	5	73
SPD und FDP	--	--	--	0	25	22
Summe	100%	100%	100%	100%	100%	100%
(N)	--	--	--	(422)	(244)	(59)
	1969			1972		
	CDU/CSU	SPD	FDP	CDU/CSU	SPD	FDP
CDU/CSU und SPD	83	67	21	58	20	8
CDU/CSU und FDP	15	0	23	39	3	25
SPD und FDP	2	33	56	3	77	67
Summe	100%	100%	100%	100%	100%	100%
(N)	(277)	(243)	(39)	(262)	(589)	(106)
	1976					
	CDU/CSU	SPD	FDP			
CDU/CSU und SPD	16	9	3			
CDU/CSU und FDP	80	2	21			
SPD und FDP	4	89	76			
Summe	100%	100%	100%			
(N)	(533)	(637)	(136)			

Man kann die Sache auch herumdrehen und den Schluß ziehen, daß bestehende Koalitionen von den Wählern der betreffenden Parteien nachträglich gebilligt werden. Dies könnte in vier der fünf Fälle geltend gemacht werden: vor der Wahl 1961 bestand keine Koalition. Nachträgliche Billigung der jeweils bestehenden Koalition ist jedoch kein Beleg für Einfluß der Wählerschaft. Die Vermutung liegt nahe, daß nicht Parteien in ihren Entscheidungen von Wählern, sondern umgekehrt Wähler in ihren Präferenzen von Parteien gelenkt werden.

Die Frage nach der Richtung des kausalen Flusses läßt sich kaum mit Daten beantworten, die nur zu einem Zeitpunkt erhoben worden sind. Was wir benötigen, ist ein Panel, d.h. eine Befragung derselben Personen zu verschiedenen Zeitpunkten. Glücklicherweise ist die Studie zur Wahl 1969 als Panel angelegt. Damit ergibt sich die Möglichkeit, die Einflußfrage auf "quasi-experimentelle" Weise zu untersuchen. Da sich während dieser Panelstudie die Regierungskoalition änderte, handelt es sich um einen ganz besonderen Glücksfall.

Wandel der Koalitionspräferenzen 1969

Erinnern wir uns, daß ungeachtet einiger Vorzeichen, wie etwa Heinemanns Wahl zum Bundespräsidenten im Frühjahr, die Große Koalition bis zum Wahlsonntag 1969 regierte. Die in Tabelle 1 vorgelegten Angaben zu 1969 entstammen aus der Zeit des Wahlkampfes. Aus dieser Tabelle geht klar hervor, daß die Koalition nicht nur 1969, sondern bereits 1965, ja 1961, überwiegend von SPD-Anhängern gewünscht wurde. Unmittelbar nach der Wahl bildeten SPD und FDP eine bis dahin auf Bundesebene unerprobte Koalition. Die zweite Welle des 1969er Panels fällt in die Zeit nach dieser Entscheidung. Unter den Fragen der Nachwahlwelle befindet sich erfreulicherweise auch die Frage nach der bevorzugten Koalition. Wie verteilen sich die Koalitionspräferenzen der SPD-Anhänger nach der Wahl? Wie reagieren diese Wähler auf den Wandel ihrer Partei?

Tabelle 2 gibt die Koalitionspräferenzen dieser Gruppe vor und nach der Wahl 1969 wieder. Unter Berücksichtigung der Alternative "SPD allein", die in Tabelle 1 nicht aufgeführt war, ergibt sich folgendes Bild: Vor der Wahl sprachen sich 36 Prozent für eine Koalition mit der CDU/CSU aus gegenüber nur 22 Prozent, denen eine Koalition mit der FDP lieber war. Kaum vier Wochen nach der Wahl hat sich dieses Verhältnis umgekehrt, und die Koalition mit der FDP ge-

nießt die größere Unterstützung. Zwischen den beiden Wellen des Panels blieb gerade die Hälfte der SPD-Anhänger ihrer Koalitionspräferenz treu. Nur einer von je drei Befragten, die vorher eine CDU/CSU-SPD Koalition befürworteten (13 aus 36), hält diese Präferenz nach der Wahl weiter aufrecht. Fast genau so viele (12 aus 36) wenden sich davon ab und der neuen Koalition mit der FDP zu. Gleichzeitig wechselt nicht ein einziger in die umgekehrte Richtung, d.h. zur CDU/CSU-SPD Alternative (0 aus 22).

Tabelle 2. Koalitionspräferenzen der SPD-Anhänger vor und nach der Wahl 1969

	Nach der Wahl			
	CDU/CSU und SPD	SPD allein	SPD und FDP	Summe
Vor der Wahl				
CDU/CSU und SPD	13	11	12	36
SPD allein	6	20	15	41
SPD und FDP	0	8	14	22
Summe	19	39	41	99%
				(N=252)

Tabelle 2 offenbart eine erdrutschartige Verschiebung der Koalitionspräferenzen, die die Hälfte der SPD-Anhänger umfaßt und eindeutig in die Richtung der gerade geschaffenen Koalition aus SPD und FDP zielt. Alles in allem, lassen wir die - aussichtslose - Alternative "SPD allein" beiseite, ist die Verteilung der Koalitionspräferenzen unter SPD-Anhängern unmittelbar nach der Wahl 1969 nicht weit von der Verteilung drei Jahre später am Vorabend der Wahl 1972 entfernt. Es fällt schwer, dem Schluß auszuweichen, daß SPD-Anhänger sich rasch dazu bereitfanden, die Koalitionsentscheidung ihrer Partei nachzuvollziehen.

Ähnliches darf bei Anhängern der CDU/CSU vermutet werden. Bei ihnen verdrängt von 1965 bis 1969, wie Tabelle 1 belegt, die SPD die FDP als höher eingeschätzter Koalitionspartner. Trenddaten über Parteiensympathien in der deutschen Wählerschaft weisen auf Ende 1966 als Zeitpunkt des Umschwungs (Klingemann und Pappi 1970), also genau den Augenblick, als die CDU/CSU - FDP Koalition zerbrach und die CDU/CSU mit der SPD eine Große Koalition einging.

Reaktionen der Wähler auf Koalitionsentscheidungen
der Parteien

Auch wenn die Koalitionspräferenzen vieler Wähler an den Entscheidungen der Parteien ausgerichtet sind, so ist allein damit nicht die Einflußlosigkeit der Wählerschaft bewiesen. Immerhin ist es denkbar, daß Wähler aus Verärgerung und Enttäuschung über Koalitionsentscheidungen ihrer bis dahin bevorzugten Partei den Rücken kehren oder sie zumindest mit vermindelter Begeisterung unterstützen. Ist nicht zu vermuten, daß zumindest etliche SPD-Anhänger, die vor der Wahl 1969 eine Koalition mit der CDU/CSU befürworteten, sich nach der Wahl negativ über die SPD äußern, insbesondere wenn sie auch nach der Wahl noch an einer derartigen Koalition festhalten? Die Vermutung bestätigt sich nicht. Allenfalls fünf von je hundert Befragten in dieser Gruppe gaben nach der Wahl an, die SPD gefiele ihnen jetzt weniger; nur zwei von ihnen verwiesen dabei auf die Koalition mit der FDP.

Nahezu dasselbe Muster liefern die Anhänger der CDU/CSU. Dabei läge es nahe, daß einige von ihnen, die 1965 eine Koalition mit der FDP unterstützten, nach 1966 Grund zur Enttäuschung über ihre Partei gehabt hätten. Welche Enttäuschung es auch immer gegeben haben mag, am Vorabend der Wahl 1969 war davon nichts zu spüren. Selbst diejenigen Anhänger der CDU/CSU, die auch noch 1969 eine Koalition mit der FDP befürworteten - eine kleine Gruppe, zugegeben -, schätzten ihre Partei genau so hoch ein wie jene, die 1969 die Koalition mit der SPD bevorzugten. Bei beiden Gruppen erzielte die CDU/CSU einen Medianwert an Sympathie von 4,3 auf einer Skala von -5 bis +5.

Angeichts dieser Befunde mag der Leser verzweifelt fragen, ob sich denn überhaupt keine nachteiligen Regungen in der deutschen Wählerschaft auf die Koalitionsentscheidungen der Parteien zeigen. Hatte nicht doch die SPD 1966 einen harten Kampf um die Billigung der Großen Koalition zu fechten? Mußte sie nicht in Landtagswahlen 1967 für jene Entscheidung Stimmverluste hinnehmen? Profitierte nicht die NPD derzeit von diesem Mißmut? Welche Rückschläge dieser Art auch immer eingetreten sein mögen, sie hielten sich langfristig und auf Bundesebene in engen Grenzen. Es sei noch einmal daran erinnert, daß Anhänger der SPD schon 1961 - und das trifft wohl auch für die 50er Jahre zu - überwiegend eine Koalition mit der CDU/CSU befürwortet hatten.

Wenn wir negative Reaktionen der Wähler auf Koalitionsentscheidungen der Parteien aufspüren wollen, müssen wir uns der FDP zuwenden. Dieser Partei ist die beneidenswerte Rolle des Züngleins an der Waage innerhalb des deutschen Parteiensystems zugefallen. Merkwürdigerweise hat sie diese Rolle nur widerwillig angenommen. Die FDP versteht sich weitgehend als "liberales Korrektiv" gegenüber derjenigen großen Partei, an die sie sich über längere Zeit hin bindet; von 1949 mit Unterbrechungen bis 1966 im Falle der CDU/CSU und seit 1969 im Falle der SPD.

Der Übergang von einer zur anderen Koalitionsbindung macht deutlich, daß diese Partei - immer in ängstlicher Nähe der Fünfprozentklausel - dem Wählerunwillen stärker ausgesetzt ist, als es die beiden großen Parteien sind. Aus den hier benutzten Wahlstudien geht hervor, daß nur 40 Prozent der Wähler, die 1965 diese Partei unterstützten, auch 1969 bereit waren, für die FDP, aus der mittlerweile die F.D.P. geworden war, zu stimmen. Der Verlust von 60 Prozent war der Preis für die Abkehr von der CDU/CSU. Beinahe hätte dieser Verlust die Rückkehr der FDP in den Bundestag verhindert. Sicherlich ist Vorsicht geboten bei der Analyse einer so kleinen Gruppe wie der FDP-Wähler von 1965, die in der Wahlstudie 1969 erfaßt sind. Aber die Angaben weisen alle in dieselbe Richtung. Von den ehemaligen FDP-Wählern, die auch 1969 vor der Wahl noch eine Koalition mit der CDU/CSU befürworteten, stimmten nur 17 Prozent 1969 für die FDP. Andererseits stimmten 68 Prozent derjenigen FDP-Wähler, die jetzt eine Koalition mit der SPD bevorzugten, 1969 für die FDP.

Im Unterschied zu Befragten, die sich zur CDU/CSU oder zur SPD bekennen, halten Anhänger der FDP mit Unmut über unliebsame Koalitionsentscheidungen ihrer Partei nicht zurück. In der Präferenz für die FDP äußert sich in großem Maße eine Koalitionspräferenz. Sobald diese Partei die sich daraus ergebende Erwartung des Wählers enttäuscht, entfällt für viele dieser Wähler der entscheidende Grund, die FDP bei der Wahl zu unterstützen.

Abschließende Bemerkungen

Die Anhänger der beiden großen Parteien in der Bundesrepublik, so lautet das Fazit dieses Beitrags, folgen mehrheitlich in ihren Koalitionspräferenzen den Entscheidungen der Parteien. Die Führer dieser Parteien können es sich daher leisten, wenn notwendig oder opportun, bestehende Koalitionsbindungen

aufzulösen und neue zu knüpfen, ohne dabei Stimmenverluste befürchten zu müssen. Diese Parteien erfreuen sich somit eines Spielraums für Koalitionen, der den Parteien der Weimarer Republik versagt war (Kaack 1971).

Die Immunität gegen Wählerverluste mag begründet sein im Fehlen ernsthafter Parteien an den äußeren Flanken der großen Parteien. Seit 1953 ist es keiner neuen Partei mehr gelungen, in den Bundestag einzuziehen. Aber auch davon abgesehen ist es auffallend, daß Anhänger der großen Parteien nicht einmal Unmut über ihren Präferenzen zuwider laufende Koalitionsentscheidungen äußern.

Es ist die FDP, die mit derartigem Wählerunwillen rechnen muß. Die Unterstützung für diese Partei steht und fällt bei einem beträchtlichen Anteil der FDP-Anhänger mit der Koalitionsfrage. Diese Partei ist gut beraten, die Koalitionspräferenzen ihrer Anhängerschaft zu beachten. Es gehört zu den Ironien der Koalitionspolitik, daß somit eine kleine Minderheit dazu beiträgt, daß die Wählerschaft insgesamt einen gewissen Einfluß auf Koalitionsentscheidungen der politischen Elite ausübt.

Literatur

- Downs, A., An Economic Theory of Democracy. New York, 1957 (deutsche Übersetzung 1968 Tübingen)
- Duverger, M., Political Parties. New York, 1963.
- Kaack, H., Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Köln, Opladen, 1971
- Kaltefleiter, W., Im Wechselspiel der Koalitionen, in: Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Bd. 5, 1970
- Klingemann, H.D. und F.U. Pappi, Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28.9.1969, in: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 11, 1970, S. 111-138
- Scheuch, E.K., Der deutsche Wähler und ein alternierendes Regierungssystem, in: Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Bd. 2, 1967, S. 19 7-221
- Scheuch, E.K. und R. Wildenmann (Hrsg.), Zur Soziologie der Wahl. Köln, Opladen, 1965

Daten

Kaase, M. und R. Wildenmann	Bundestagswahlstudie September 1965 (ZA Nr.0556)
Klingemann, H.D. und F.U. Pappi	Bundestagswahlstudie 1969 (ZA Nr.0426/427)
Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, Universität Mannheim	Bundestagswahlstudie 1972 (ZA Nr.0635/636/637)
Forschungsgruppe Wahlen e.V. Mannheim	Bundestagswahlstudie 1976 (ZA Nr.0823/824/825)
Noelle, E. und E.P. Neumann	Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958-1964. Allens- bach, 1965

ARBEITSBUCH ZUR SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN METHODENLEHRE

Helmut Norpoth

"Wählerverhalten in der Bundesrepublik"

Das dritte Zentralarchiv Arbeitsbuch ist als Einführung in die praktische Datenanalyse für den Bereich: "Wahlen, Parteien und öffentliche Meinung" gedacht (erscheint im Herbst 1980). Es verknüpft Elemente eines Lehrbuches mit denen eines Übungsbuches, vermittelt einen Einstieg in die Theorie des Wählerverhaltens sowie Anleitungen zu empirischen Tests und verweist auf die bedeutendsten Beiträge der Wahlforschung. Im einzelnen werden behandelt: Politische Beteiligung, Bindungen an politische Parteien, Primärumwelt und Parteibindungen, Soziale Cleavages und Parteibindungen, Politische Sachfragen (Issues) und Wahlentscheidung, Kanzlerkandidaten und Wahlentscheidung. Die Daten, die zur Lösung der Aufgaben gehören, stammen aus fünf verschiedenen Umfragen anlässlich der Bundestagswahlen 1961, 1965, 1969, 1972 und 1976. Sie sind vom Zentralarchiv analysegerecht aufbereitet und werden auf Anfrage gegen eine Benutzungsgebühr zur Verfügung gestellt.